

Fragen

für die Fragestunde der 217. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 15. Februar 2017

Verzeichnis der Fragenden

| <i>Abgeordnete</i> | <i>Nummer der Frage</i> | <i>Abgeordnete</i> | <i>Nummer der Frage</i> |
|---|-----------------------------|---|-----------------------------|
| Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 11, 24 | Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 7, 50 |
| Birkwald, Matthias W. (DIE LINKE.) | 46 | Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 42, 48 |
| Brantner, Franziska, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 15, 16 | Lay, Caren (DIE LINKE.) | 3, 4 |
| Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.) | 12 | Movassat, Niema (DIE LINKE.) | 19, 26 |
| Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 51, 52 | Müller-Gemmeke, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 18, 47 |
| Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 8, 13 | Mutlu, Özcan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 14 |
| Grundmann, Oliver (CDU/CSU) | 5 | Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 38, 39 |
| Hänsel, Heike (DIE LINKE.) | 9, 37 | Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 35, 36 |
| Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.) | 29, 30 | Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 32, 33 |
| Höger, Inge (DIE LINKE.) | 17 | Steinbach, Erika (fraktionslos) | 25, 31 |
| Hunko, Andrej (DIE LINKE.) | 20, 21 | Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 22, 23 |
| Jelpke, Ulla (DIE LINKE.) | 27, 28 | Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 6, 41 |
| Junge, Frank (SPD) | 53, 54 | Werner, Katrin (DIE LINKE.) | 43, 44 |
| Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 10 | Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.) | 34, 45 |
| Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 1, 2 | | |
| Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 40, 49 | | |

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

| | <i>Seite</i> |
|---|--------------|
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit | 3 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .. | 5 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung | 5 |
| Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts | 6 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern | 9 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz | 12 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen | 13 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ... | 14 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales | 16 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur | 17 |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Kann das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit bestätigen, dass das deutsche Sicherheitskonzept bzw. das Kerntechnische Regelwerk für Atomkraftwerke davon ausgeht, dass es zu keinem spontanen/katastrophalen Versagen des Reaktordruckbehälters kommt (sogenanntes Leck-vor-Bruch-Konzept und sogenannte Basissicherheit; vgl. hierzu in den Interpretationen zu den Sicherheitsanforderungen an Kernkraftwerke vom 22. November 2012 die Nummern 3.4 (1), 3.4 (3) und 3.4 (4)), und kann es weiter bestätigen, dass in den aktuellen Rahmenempfehlungen für den nuklearen Katastrophenschutz der Strahlenschutzkommission Freisetzungsszenarien nach einem spontanen/katastrophalen Versagen des Reaktordruckbehälters nicht berücksichtigt sind?

2. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Hat die Bundesregierung sich das Ziel gesetzt, noch in dieser Legislaturperiode einen Entwurf für gesetzliche Neuregelungen vorzulegen, damit geheimhaltungsbedürftige Unterlagen unter Wahrung des Geheimschutzes zukünftig angemessen in verwaltungsgerichtliche Verfahren eingebracht werden können (bitte mit Begründung; vgl. hierzu die Nichtbeantwortung der zweiten Teilfrage nach einem betreffenden Zeitplan in der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 69 auf Bundestagsdrucksache 18/11078), und falls nein, wie will sie ggf. sicherstellen, dass es beispielsweise in dem vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg anhängigen Verfahren zum Zwischenlager Unterweser nicht zu ähnlichen Problemen mit geheimhaltungsbedürftigen Unterlagen kommt wie bei dem Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht Schleswig-Holstein zum Zwischenlager Brunsbüttel (vgl. Pressemitteilung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit vom 16. Januar 2015 sowie Online-Artikel des Bundesamts für Strahlenschutz, „Genehmigung von Zwischenlagern: Aktueller Stand der Rechtsprechung“ mit Stand des 17. Januar 2017)?

3. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung, bei der Umsetzung des neuen Programms „Zukunft Stadtgrün“ auch den bedarfsgerechten Umbau von Kleingartenanlagen zu bezuschussen, und können die Gelder der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ auch für den bedarfsgerechten Umbau von Kleingartenanlagen verwendet werden?
4. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung, bei dem zusammengeführten Stadtumbauprogramm aus den beiden Stadtumbauprogrammen Ost und West auch den bedarfsgerechten Umbau von Kleingartenanlagen zu bezuschussen?
5. Abgeordneter
Oliver Grundmann
(CDU/CSU)
- Welche wissenschaftlich belastbaren Studien oder anderweitigen Nachweise belegen die Aussage der Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks aus der Sendung „Hart aber fair“ vom 23. Januar 2016: „Diejenigen Wölfe, die bisher auffällig geworden sind in Deutschland, da hat man jeweils nachweisen können, dass sie in früher Kindheit von Menschen aufgezogen worden sind. Der auffällige Wolf in Niedersachsen, der voriges Jahr abgeschossen wurde, der ist auf dem Truppenübungsplatz Munster von Soldaten gefüttert worden. Dann hat der sich anschließend Menschen genähert. Er würde sich sonst Menschen nicht genähert haben, wenn er nicht in seiner Welpenzeit schon von Menschen sozusagen gut behandelt worden wäre. Und wenn man Wölfe artgerecht – nicht einfach ich zieh die Mal auf und lass die bei mir zuhause im Garten oder so – dann werden die sich Menschen auch nicht nähern“, und wo sind diese einsehbar?
6. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Elektrizitätsmengen haben die Kernkraftwerke (KKW) Brokdorf und Emsland seit dem 1. Januar 2000 erzeugt, und welche Elektrizitätsmengen stehen den genannten KKW laut Anlage 3 des Atomgesetzes noch zur Verfügung?*

* Siehe hierzu auch Frage 41.

7. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit unterstützt die Bundesregierung den Vorschlag der Europäischen Kommission als Reaktion auf die Ergebnisse der 39. Versammlung der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation, den internationalen Luftverkehr auf unbestimmte Zeit weiterhin nicht in das europäische Emissionshandelssystem einzubeziehen (vgl. COM(2017) 54 final), und inwiefern setzt sie sich im Rahmen der Verhandlungen über den betreffenden Verordnungsentwurf stattdessen dafür ein, die bis Ende 2016 vorübergehend geltende „Stop the Clock“-Entscheidung ersatzlos auslaufen zu lassen, so dass der internationale Luftverkehr bereits ab 2017 wieder in das europäische Emissionshandelssystem einbezogen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

8. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Zeitplan für Erstellung und Veröffentlichung des nächsten BAföG-Berichts (Bericht nach § 35 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes zur Überprüfung der Bedarfssätze, Freibeträge sowie Vomhundertsätze und Höchstbeträge nach § 21 Absatz 2)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

9. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wird sich die Bundesregierung angesichts der vielen Flüchtlinge aus den afrikanischen Ländern im Rahmen der EU für gerechte Handelsbeziehungen mit Afrika einsetzen und deshalb die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) ablehnen, um neue, faire Handelsabkommen zu entwickeln?

10. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird sich die Bundesregierung an der Konferenz zur Global Gag Rule (<http://www.independent.co.uk/news/world/europe/donald-trump-abortion-clinic-funding-cut-global-gag-rule-eight-countries-raise-money-sweden-a7570596.html>) am 2. März 2017 beteiligen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

11. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung deutschen Staatsangehörigen, die zugleich iranische, irakische, jemenitische, libysche, somalische, sudanesisch oder syrische Staatsangehörige sind, seit Inkrafttreten des Dekrets, mit dem der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber den vorbezeichneten Staatsangehörigen ein Einreiseverbot angeordnet hat, der Reiseantritt verwehrt bzw. die Einreise in die Vereinigten Staaten verweigert, und in wie vielen Fällen handelte es sich dabei nach Kenntnis der Bundesregierung um Personen, die bereits im Besitz eines gültigen amerikanischen Visums, eines gültigen amerikanischen Aufenthaltstitels oder neben den vorbezeichneten Staatsangehörigkeiten der amerikanischen Staatsangehörigkeit waren (bitte aufschlüsseln)?
12. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) darüber, wie viele Angestellte der staatlichen Behörde für religiöse Angelegenheiten (Diyaret) wegen angeblicher Verbindungen zum gescheiterten Putschversuch seit dem 15. Juli 2016 bis heute in der Türkei suspendiert bzw. entlassen wurden (www.sueddeutsche.de/politik/nach-putschversuch-festnahmen-in-der-tuerkei-zehntausende-entlassungen-inhaftierte-ohne-rechte-1.3085149), und inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) darüber, wie viele DITIB-Imame nach dem gescheiterten Putsch in der Türkei im Sommer 2016 vor Ablauf des Visums, das ihnen vom Auswärtigen Amt entsprechend der Beschäftigungsverordnung ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit erteilt wird (Plenarprotokoll 18/211, S. 21155), in die Türkei zurückgekehrt sind?

13. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Putschversuch in der Türkei Mitte Juli 2016 entlassen worden – zuletzt wurden nach Medienberichten (dpa vom 7. Februar 2017) von Anfang Februar 2017 4 000 Staatsbedienstete entlassen, 330 davon arbeiteten an Universitäten, und welche Auswirkungen hat die politisch angespannte Lage in der Türkei auf die deutsch-türkischen Wissenschaftskooperationen?
14. Abgeordneter
Özcan Mutlu
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Anträge auf Familienzusammenführungen für Bürgerkriegsgeflüchtete aus Syrien wurden seit dem 1. Januar 2016 generell in den Auslandsvertretungen Amman, Ankara, Istanbul, Izmir, Beirut und Kairo eingereicht, und wie viele wurden hiervon abgelehnt?
15. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Über welche zusätzlichen eigenen Kenntnisse verfügt die Bundesregierung zum jüngsten Bericht von Amnesty International über Folter und Massenhinrichtungen in syrischen Gefängnissen (u. a. Süddeutsche Zeitung vom 7. Februar 2017), und wenn sie über keine solchen Kenntnisse verfügt, hält sie die in dem Bericht beschriebenen Gräueltaten für glaubhaft?
16. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Empfehlungen von Amnesty International aufzunehmen und auf Ebene der Vereinten Nationen oder vor dem Internationalen Strafgerichtshof Verfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit Hinrichtungen in syrischen Gefängnissen anzustrengen, und wenn nicht, warum nicht?
17. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- In welcher Form wird die Bundesregierung versuchen, die Hinrichtung von Mohamed Ramadhan ‘Issa, Hussain ‘Ali Moosa und Maher Abbas Khamis in Bahrain zu verhindern, oder geht die Bundesregierung analog zu dem Projekt zur Verbesserung der Haftbedingungen in Äthiopien davon aus, dass auch hier ein solches Projekt zu einer Humanisierung der Situation besser beitrüge?

18. Abgeordnete
Beate Müller-Gemmeke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass das Goethe-Institut e. V. rund 400 im Inland als Honorarkräfte beschäftigte Lehrkräfte nicht weiterbeschäftigt, da im Zuge der noch laufenden Prüfung der Deutschen Rentenversicherung der Status der Honorarlehrkräfte als freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter infrage gestellt worden ist bzw. statt einem selbstständigen Vertragsverhältnis eine abhängige Beschäftigung vermutet wird, und falls dies zutreffend ist, weshalb werden die Honorarkräfte vom Goethe-Institut nicht regulär beschäftigt?
19. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Erwägt die Bundesregierung hinsichtlich der Erklärung des tansanischen Verteidigungsministers Hussein Mwinyi am 8. Februar 2017, die tansanische Regierung fordere Reparationen für die brutale Niederschlagung des Maji-Maji-Aufstands zwischen 1905 und 1907 durch die deutschen Truppen, bei der geschätzte 250 000 Menschen getötet wurden (www.washingtonpost.com/world/europe/tanzania-to-seek-german-reparations-over-colonial-acts/2017/02/08/8484ba14-ee0b-11e6-a100-fdaaf400369a_story.html?utm_term=.1fd4abf1a2a0), Verhandlungen mit der tansanischen Regierung auf Wiedergutmachung für koloniale Verbrechen zu beginnen, und gab es hier bereits Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern der tansanischen Regierung (bitte Datum und Themen mit Forderungen auflisten)?
20. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Mit welchen Maßnahmen unterfüttert nach Kenntnis der Bundesregierung die Europäische Union in Belarus „eine gewisse Vereinbarung bezüglich der Migration“, wie der dortige Präsident eine Kooperation umschrieb, die unter anderem Gelder für den Bau von Zentren für „illegale“ Migranten sowie für deren Abschiebung vorsieht (dw.com vom 24. Januar 2017, „Streit um Migrantenzentren in Weißrussland“), und welchen Stand haben nach Kenntnis der Bundesregierung die seit 2011 autorisierten Verhandlungen der Europäischen Kommission über ein Abschiebeabkommen der Europäischen Union mit Belarus (Bundestagsdrucksache 18/1423, Antwort zu Frage 9)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

21. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Über welche weiteren Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung zu Anschlagplänen eines 17-jährigen Terrorverdächtigen, der am 20. Januar 2017 in Wien festgenommen wurde und nach Recherchen des ARD-Magazins „REPORT MAINZ“ und des österreichischen Magazins „Falter“ die US-Airbase im pfälzischen Ramstein „im Visier“ gehabt und überlegt habe, dort „neben einer Mülltonne eine Rohrbombe explodieren zu lassen“ (n-tv.de vom 31. Januar 2017, „Terrorverdächtiger hatte Ramstein im Visier“), und wie bewertet die Bundesregierung das derzeitige Risiko, dass Ramstein als der größte US-Luftwaffenstützpunkt in Europa das Ziel von Anschlägen werden könnte, zumal in Ramstein auch Drohnen-Operationen vorbereitet, über eine Satellitenverbindung geroutet sowie ausgewertet werden?
22. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse zu den beiden libyschen Rufnummern aus dem Mobilfunkgerät, das im Februar 2016 bei Anis Amri sichergestellt wurde (Chronologie des Behördenhandelns vom 17. Januar 2017, S. 8, 9), insbesondere zu deren Bedeutung, Nutzung und folgenden Konsequenzen, hat die Bundesregierung (Bundeskriminalamt – BKA –, Bundesnachrichtendienst – BND –, Bundesamt für Verfassungsschutz – BfV) von Partnerländern, insbesondere den USA, im Laufe der Zeit nach dem Februar 2016 bis zum Februar 2017 je erhalten, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung (bzw. BKA, BND, BfV) jeweils je nach Erkenntnismitteilungen veranlasst?
23. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Angaben macht die Bundesregierung zum konkreten Inhalt und zu den Erklärungen zu zwei verfälschten ITA-ID-Karten (ITA – Italien), die Anis Amri am 30. Juli 2016 bei seiner Festnahme durch Beamte der Bundespolizei in Friedrichshafen im Flixbus bei sich führte (Chronologie Behördenhandeln vom 17. Januar 2017, S. 16), und welche Erkenntnisse haben deutsche Behörden im Anschluss an das Auffinden insbesondere zu Herkunft, Zustandekommen, Ort, Zeit und Täter

der Verfälschung sowie über die Nutzung dieser ITA-Karten gewonnen (bitte die Erkenntnisquellen aufschlüsseln)?

24. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie viele DITIB-Funktionäre (Imame, Vorstände, Angestellte etc.; bitte nach Zahl, Funktion, Einsatzstelle und Ort aufschlüsseln) bzw. Funktionäre anderer türkischer Einrichtungen (z. B. Botschaftsangehörige bzw. Mitarbeiter anderer türkischer Einrichtungen – UETD, MIT etc. –; bitte nach Ort und Funktion aufschlüsseln, z. B. Religionsbeauftragte, Botschaft) haben nach Kenntnis der Bundesregierung seit Bekanntwerden der Spionage der DITIB/Diyanet Anfang Dezember 2016 (Cumhuriyet, 3. Dezember 2016/DIE WELT, 8. Dezember 2016) die Bundesrepublik Deutschland verlassen (<http://t.wn.de/Welt/Politik/2674080-Spionage-Affaere-Spitzel-Imame-in-die-Tuerkei-abgezogen>, <https://www.welt.de/regionales/nrw/article161923742/In-vielen-Moscheegemeinden-brodelt-es.html>, www.ksta.de/politik/ditib-spionage-tuerkischer-geheimdienst-bedraengt-verwandte-von-spitzel-opfer-aus-nrw-25679548-seite2, www.ditib.de/detail.php?id=565&lang=de), und wann wurde diese Aktion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und türkischen Stellen (einschließlich DITIB) erörtert?

25. Abgeordnete
Erika Steinbach
(fraktionslos)

Wie viele sogenannte Massenunterkünfte für Flüchtlinge, Migranten oder Asylbewerber gab oder gibt es jeweils in den Jahren 2014, 2015 und 2016 in der Bundesrepublik Deutschland?

26. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)

Welche Nationalitäten betrafen die Abschiebungen per Charterflugzeug von einzelnen Personen 2016 (siehe Bundestagsdrucksache 18/11126, Antworten zu den Fragen 21 und 22) (bitte für Flüge jeweils getrennt angeben), und wie hoch waren die Kosten für die einzelnen Charterflüge sowie die Gesamtkosten?

27. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche empirischen Anhaltspunkte hat die Bundesregierung dafür, dass die Gesamtzahl der Ausreisen (inklusive Abschiebungen) von abgelehnten Asylsuchenden in Bundesländern, in denen es vergleichsweise mehr Abschiebungen als freiwillige Ausreisen gibt, höher als in anderen Bundesländern ist, und wie ist der geplante Wegfall einer Abschiebungsankündigung nach mehr als einjährig geduldetem Aufenthalt mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde vereinbar (bitte ausführlich darlegen)?
28. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Was sind die Gründe dafür, dass die Gesamt-schutzquote bei afghanischen Asylsuchenden trotz der verschärften Sicherheitslage in Afghanistan im Januar 2017 auf nur noch 45,2 Prozent gesunken ist (www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/201701-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.pdf?__blob=publicationFile; bitte ausführen und dabei angeben, welche internen Änderungen es in Bezug auf die Lageeinschätzung oder Entscheidungs-praxis in den letzten beiden Monaten gegebenenfalls gegeben hat), und inwieweit werden wegen der verschärften Sicherheitslage in Afghanistan Gefährdungen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bei länger zurückliegenden Asylablehnungen afghanischer Asylsuchender erneut überprüft von Amts wegen oder auf Antrag (vgl. die entsprechende Empfehlung in den „Anmerkungen des UNHCR zur Situation in Afghanistan auf Anfrage des deutschen Bundesministeriums des Innern“ von Dezember 2016, S. 1)?
29. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Zahlen die Mitglieder der Bundesregierung, die dem Kuratorium der Stiftung Deutsche Sport-hilfe angehören (Dr. Angela Merkel, Dr. Thomas de Maizière, Dr. Ursula von der Leyen und Dr. Wolfgang Schäuble) ihre jährliche Spende in Höhe von 7 500 Euro privat, oder wird dieser Beitrag aus Mitteln des Bundeshaushaltes getragen?

30. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Worin bestehen nach Kenntnis der Bundesregierung die Unterschiede zwischen dem seit dem 1. Januar 2017 geltenden neuen Förderkonzept „Leistung. Fairplay. Miteinander.“ der Stiftung Deutsche Sporthilfe gegenüber dem vorherigen Förderkonzept, und in welcher Weise war die Bundesregierung an der Ausarbeitung und Entscheidung über dieses neue Förderkonzept beteiligt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

31. Abgeordnete
Erika Steinbach
(fraktionslos)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung zu Zahlen, genauer zum Anteil ausländischer Straftäter in deutschen Strafvollzugseinrichtungen jeweils in den Jahren 2015 und 2016?
32. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Rechtssicherheit und Zweckmäßigkeit des Leistungsschutzrechts für Presseverleger vor dem aktuellen Hintergrund, dass – wie auch schon ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages vom 30. März 2015 feststellte – nun auch das Landgericht Berlin in seiner mündlichen Verhandlung am 7. Februar 2017 in Sachen VG Media gegen Google Inc. Anhaltspunkte dafür sieht, dass das Gesetz europarechtswidrig zustande gekommen sei, da es vor seinem Inkrafttreten in einem sog. Notifizierungsverfahren der Europäischen Kommission hätte vorgelegt werden müssen (Richtlinie 98/34/EG; siehe Pressemitteilung des Landgerichts Berlin: www.berlin.de/gerichte/presse/pressemitteilungen-der-ordentlichen-gerichtsbarkeit/2017/pressemitteilung.558728.php), und wie schätzt die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die von demselben Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages aufgeworfene Gefahr einer Staatshaftung ein?

33. Abgeordnete
Tebea Röbner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der auch vom Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages gesehenen Gefahr einer Staatshaftung aufgrund des Verstoßes gegen die Richtlinie 98/34/EG wegen fehlender Notifizierung, und unterstützt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der anhängigen Rechtsverfahren und daraus folgenden Rechtsunsicherheiten die Pläne, ein EU-weit geltendes Leistungsschutzrecht mit einer Schutzfrist von 20 Jahren einzuführen (Artikel 11 Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council on copyright in the Digital Single Market – COM(2016) 593 final; <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/proposal-directive-european-parliament-and-council-copyright-digital-single-market>)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

34. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch lagen im Zeitraum seit dem Jahr 2000 jährlich sowie insgesamt die Einnahmen aus der Einkommensteuer, und wie hoch hätten diese Einnahmen nach Schätzung der Bundesregierung insgesamt gelegen, wenn ceteris paribus der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer bei 53 Prozent belassen worden wäre?
35. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung im Falle einer Nichtteilnahme des Internationalen Währungsfonds (IWF) am laufenden Hilfsprogramm für Griechenland auf eine erneute Beschlussfassung des Deutschen Bundestages hinwirken, obwohl der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages in einer Stellungnahme zu dem Schluss kommt, dass die Nichtteilnahme des IWF für den Deutschen Bundestag unmittelbar keine Plenarbefassung erforderlich macht, und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung diese Entscheidung?

36. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung zu den vom IWF-Verwaltungsrat mehrheitlich geforderten deutlichen Schuldenerleichterungen für Griechenland bereit, um die von der Regierung in dem Antrag „Stabilitätshilfe zugunsten Griechenlands“ (Bundestagsdrucksache 18/5780) in Aussicht gestellte finanzielle Beteiligung des IWF am laufenden Hilfsprogramm für Griechenland zu ermöglichen, und wenn nein, wie begründet die Bundesregierung diese Haltung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

37. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Inwieweit gibt es seitens der Bundesregierung Planungen, bei den Verhandlungen mit der Türkei über ein Abkommen zur Ausweitung der bilateralen präferenziellen Handelsbeziehungen und zur Modernisierung der Zollunion, um deren Ermächtigung die EU-Kommission den Rat der Europäischen Union gebeten hat, auf eine Pflicht zur Einhaltung von Demokratie- und Menschenrechtsstandards zu drängen, welche im bestehenden Assoziierungsabkommen aus dem Jahr 1963 laut Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages (WD 2 – 3000 – 147/16) „historisch nachvollziehbar keinen expliziten vertraglichen Widerhall“ gefunden haben, so dass die bestehende Zollunion „zugespitzt formuliert“ (ebd.) „auch mit einem autoritären Regime rechtlich statthaft [ist], solange dieses Regime wirtschaftlich stabil bleibt und seine wirtschaftlichen und zollrechtlichen Verpflichtungen einhält“, und inwieweit teilt die Bundesregierung meine Einschätzung, dass demokratische Freiheitsrechte nicht wirtschaftlichen Profitinteressen geopfert werden dürfen?
38. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe hat die Bundesrepublik Deutschland seit Beginn der 18. Wahlperiode Hermesdeckungen für Tierhaltungsanlagen, Ausrüstungen für Tierhaltungsanlagen sowie angegliederte Betriebsanlagen übernommen (bitte nach Jahr, Land, Art des Geschäfts und der Höhe der Deckung angeben), und wurde dabei der Beschluss der Agrarministerkonferenz vom 30. August 2013

- berücksichtigt, nach dem Hermesbürgschaften ausschließlich für Tierhaltungsanlagen vergeben werden sollen, „die nationale und europäische Standards erfüllen, oder darüber hinausgehen“?
39. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe wurden im Zusammenhang mit diesen Projekten Entschädigungsforderungen an die Bundesrepublik Deutschland gestellt, und in welcher Höhe wurden diese bereits geleistet?
40. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Rechtsauffassung, dass Netzbetreiber nach § 13 Absatz 3 Satz 6 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) (früher § 13 Absatz 2 Satz 6 EnWG a. F.) bzw. nach § 14 Absatz 1 Satz 1 i. V. m. § 13 Absatz 3 Satz 6 EnWG in den Fällen, in denen sie nach § 14 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vom Einspeisevorrang des EEG abweichen (etwa weil auch nach Abregelung aller konventioneller Anlagen die Netzkapazität nicht ausreicht oder weil konventionelle Kraftwerke netztechnisch erforderlich sind und daher nicht abgeregelt werden können), der jeweilig zuständigen Regulierungsbehörde eine entsprechende Anzeige erstatten und darin die Gründe nachweisen müssen, und wo ist die Entscheidung über die Abregelung inkl. Begründung öffentlich zugänglich?
41. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung eine mögliche Übertragung von Elektrizitätsmengen anderer KKW auf die KKW Brokdorf und Emsland vor dem Hintergrund, dass diese KKW sich laut Entwurf der Netzausbaugebietsverordnung in den Netzausbaugebieten befinden würden, in welchen der Ausbau der Windenergie beschränkt werden soll?*
42. Abgeordneter
Christian Kühn (Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung ihr eigenes Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestandes noch erreichen, wenn sie mit dem vorgelegten Entwurf zum Gebäudeenergiegesetz den Niedrigstenergiegebäudestandard für Gebäude der öffentlichen Hand, die Vorbildfunktion haben sollen, lediglich auf

** Siehe hierzu auch Frage 6.

dem Niveau des KfW-Effizienzhauses 55 definiert und darüber hinaus die verbindliche Nutzung von erneuerbaren Energien zur Wärmeerzeugung im Gebäudebestand nicht einführen will?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

43. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Sieht die Bundesregierung in Bezug auf ein Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, datiert auf den 12. Dezember 2016, in dem Verbände aufgefordert wurden, bis zum 4. Januar 2017 eine Stellungnahme zum Fünften Armuts- und Reichtumsbericht (Umfang: 655 Seiten) abzugeben, das Partizipationsrecht von Menschen mit Behinderungen nach Artikel 4 Absatz 3 der UN-Behindertenrechtskonvention in Hinblick auf die kurze Bearbeitungsfrist verwirklicht?
44. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung aufgrund der Kritik eines Mitarbeiters des Deutschen Caritasverbandes e. V., Saarland in einem Interview mit dem Titel „Gemütlich und frei“ in der Ausgabe von „die tageszeitung“ vom 4. Februar 2017, nach der das Saarland aufgrund von Haushaltskürzungen nicht in der Lage sei, Leistungen des Persönlichen Budgets zu zahlen, und sind der Bundesregierung ähnliche Fälle in anderen Bundesländern bekannt?
45. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung hinsichtlich der Verteilung des Immobilienvermögens auf die Privathaushalte in Deutschland, und welche Erkenntnisse hat sie im Hinblick auf die Vermögenskonzentration in diesem Bereich?
46. Abgeordneter
Matthias W. Birkwald
(DIE LINKE.)
- Wie hoch wäre die zusätzliche monatliche Belastung mit Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung eines durchschnittlich verdienenden Beschäftigten im Jahr 2030 mit einem Bruttojahresentgelt in Höhe von 54 032 Euro (Rentenversicherungsbericht 2016, Übersicht B 14) bei einem

angenommenen Sicherungsniveau vor Steuern in Höhe von 53 Prozent, wenn – wie im Gesamtkonzept zur Alterssicherung des BMAS – davon ausgegangen werden kann, dass der Beitragssatz dann 25,7 Prozent betragen müsste (Tabelle A 2, S. 56), und wie hoch wäre dann eine Standardrente im Unterschied zum geltenden Recht?

47. Abgeordnete
Beate Müller-Gemmeke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Lehrkräfte, die Sprachkurse im Inland geben, gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung (bitte aufschlüsseln nach sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Honorarkräften und Selbstständigen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

48. Abgeordneter
Christian Kühn (Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Seit wann ist der Bundesregierung die Verschiebung der Eröffnung des Flughafens Berlin Brandenburg auf voraussichtlich 2018 bekannt, und welche Auswirkungen hat die spätere Eröffnung auf die Fertigstellung des zukünftigen Regierungsterminals?
49. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- An wie vielen Sitzungen im Rahmen der beiden Untersuchungskommissionen zum Abgasskandal „Volkswagen“ und zu „CO₂-Überschreitungen“ (bitte unter Angabe der Gesamtzahl der stattgefundenen Sitzungen) hat Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt persönlich teilgenommen (bitte nach Themen der entsprechenden Sitzungen und Teilnehmerinnen und Teilnehmern aufschlüsseln), und wann ist mit dem Bericht der Untersuchungskommission zu den CO₂-Werten zu rechnen?
50. Abgeordneter
Stephan Kühn (Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann soll die Förderrichtlinie zum Haushaltstitel „Zuschüsse zur Förderung energieeffizienter und/oder CO₂-armer Nutzfahrzeuge“ (Titel 684 24-790) in Kraft treten, und wie sehen die Eckpunkte für die Förderkriterien aus?

51. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Seit wann befindet sich der Bericht zur Evaluation der Änderungen des Personenbeförderungsgesetzes vom 14. Dezember 2012, den die Bundesregierung dem Bundestag laut § 66 des Personenbeförderungsgesetzes bis zum 1. Januar 2017 hätte vorlegen müssen, in der Ressortabstimmung, und bis wann wird die Bundesregierung dem Parlament den im Verzug befindlichen Bericht vorlegen (bitte monatsgenaues Datum angeben)?
52. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Einrichtung des „kürzesten Linienfluges der Welt“ am Bodensee im Hinblick auf die Notwendigkeit attraktiverer Bahnverkehre am Bodensee über die Elektrifizierung der Bahnstrecke Ulm–Friedrichshafen–Lindau hinaus (vgl. www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/friedrichshafen/bodenseehuepfer/-/id=1542/did=18413578/nid=1542/lidligw/index.html), und wird die Bundesregierung den Ausbau der Bodenseegürtelbahn unterstützen (Elektrifizierung des Abschnittes zwischen Friedrichshafen und Radolfzell sowie partieller Ausbau auf zwei Gleise zwischen Radolfzell, Friedrichshafen und Lindau)?
53. Abgeordneter
Frank Junge
(SPD)
- Können bei der neuen Schiffssicherheitsverordnung für Traditionsschiffe des BMVI gleichwertige Einrichtungen, Hilfsmittel und Maßnahmen ausschließlich durch die Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation festgelegt werden, und wie wird dabei sichergestellt, dass Ausnahmen transparent, nachvollziehbar, vorhersagbar, kontinuierlich und konsistent eingeräumt werden?
54. Abgeordneter
Frank Junge
(SPD)
- Welche Maßnahmen sieht das BMVI vor, um bei den Regelungen für eine Konformität zu sorgen, damit die Schiffsbetreiber Investitionssicherheit haben?

